

PARLAMENTERISCHE INITIATIVE von Hans Egli (EDU, Steinmaur), Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon) und Michael Bänninger (EVP, Winterthur)

betreffend Keine Krankenkassenprämien für Kinder aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen

Der Kantonsrat beschliesst, das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) vom 29. April 2019 wie folgt zu ändern:

§3 Abs. 1 EG KVG (neuer zweiter Satz): «Der Kanton übernimmt die Krankenkassenprämie für minderjährige Kinder einer anspruchsberechtigten Person im Umfang der jeweiligen regionalen Durchschnittsprämie.»

Begründung:

Die individuelle Prämienverbilligung (IPV) soll Familien mit bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen vor einer übermässigen Belastung durch Krankenkassenprämien schützen. Im Kanton Zürich werden die Krankenkassenprämien von Kindern heute jedoch lediglich zu mindestens 80 Prozent übernommen. Die verbleibenden Kosten müssen die Familien selbst tragen.

Gerade für Familien mit mehreren Kindern stellt dies angesichts der stetig steigenden Krankenkassenprämien eine erhebliche Belastung dar. Mit der vorliegenden parlamentarischen Initiative soll deshalb sichergestellt werden, dass die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für Kinder vollständig übernommen werden.

Die vorgeschlagene Lösung nutzt das bestehende und bewährte System der individuellen Prämienverbilligung. Die Unterstützung kommt gezielt jenen Familien zugute, die tatsächlich darauf angewiesen sind. Gleichzeitig bleibt die Entlastung auch bei steigenden Krankenkassenprämien wirksam.

Die vollständige Übernahme der Kinderprämien verbessert zudem die Chancengerechtigkeit. Familien sollen nicht gezwungen sein, bei der Gesundheit ihrer Kinder zu sparen oder aus finanziellen Gründen hohe Franchisen zu wählen.

Die Initiative ist auch für die Gemeinden von Vorteil. Heute müssen Gemeinden im Rahmen der Sozialhilfe häufig jene Krankenkassenprämien übernehmen, welche trotz IPV nicht gedeckt sind. Werden die Kinderprämien künftig vollständig über die IPV finanziert, reduziert dies die Belastung der kommunalen Sozialbudgets.

Die parlamentarische Initiative stärkt Familien, entlastet Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen und verbessert die soziale Zielgenauigkeit der IPV.

Hans Egli
Brigitte Rösli
Michael Bänninger